



Rechtsextremismus

- **Rechtsextremisten schüren mit vermeintlichen Sicherheits- und Schutzkampagnen Ängste vor Migranten und stellen das staatliche Gewaltmonopol in Frage**
- **Schon länger anhaltender Richtungsstreit in der NPD mündet in die Gründung eines völkischen Flügels innerhalb der Partei**
- **Rechtsextremistische Straftaten im 1. Halbjahr 2018 sind gegenüber dem Vorjahr rückläufig**
- **Bei rechtsextremistischen Gewalttaten ist ein Rückgang von 62% zu verzeichnen**

Rechtsextremisten inszenieren sich im Rahmen von vermeintlichen Sicherheits- und Schutzkampagnen

Im Rahmen von rassistisch motivierten Patrouille-Aktionen und Sicherheitsinitiativen schüren Rechtsextremisten Ängste vor Migranten und suggerieren, dass der Staat und seine Sicherheitsorgane nicht mehr in der Lage seien, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Sie inszenieren sich dabei als Mahner, Kümmerer und vor allem als vermeintlicher Gewährleister von Schutz und Ordnung im öffentlichen Raum. Die je nach Gruppierung teils mit einem hohen Ressourcenaufwand verbundenen Aktionen haben das Ziel, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig zu beeinflussen und den Rechtsstaat und das staatliche Gewaltmonopol generell in Frage zu stellen. Mit „Streifengängen“ und ähnlichen Aktionsformaten wollen Rechtsextremisten zudem Präsenz im öffentlichen Raum zeigen, um nicht zuletzt auch Personen mit Migrationshintergrund und politische Gegner einzuschüchtern.

Hierbei treten insbesondere die folgenden Gruppierungen mit Aktionen in Erscheinung:

Identitäre Bewegung (IB)

Unter dem Slogan „Defend Europe Mission Alpes“ beteiligten sich im April etwa 100 IB-Aktivisten aus ganz Europa an der vorgeblichen Sicherung des Alpenpasses Col de l'Échelle an der französisch-italienischen Grenze gegen mutmaßlich illegale Immigranten. Die mit einheitlichen blauen Jacken bekleideten Aktivisten, darunter auch Mitglieder der in Bayern aktiven IB Schwaben, errichteten einen provisorischen Zaun und platzierten ein englischsprachiges Transparent sowie mehrere Schilder, die jeweils mit Parolen gegen Flüchtlinge und Einwanderer beschriftet waren. Im Rahmen der inszenierten Grenzsicherungsaktion setzten die Aktivisten auch zwei Hubschrauber sowie mehrere Fahrzeuge ein. In Stellungnahmen zur Aktion agitierten die IB-Aktivisten gegen die europäischen Regierungen und warfen ihnen Untätigkeit im Zusammenhang mit der Bekämpfung illegaler Einwanderung vor.

Die Anti-Flüchtlingsaktion am Alpenpass ist eine Fortsetzung der im Juli und August vergangenen Jahres durchgeführten IB-Kampagne „Defend Europe“. Ziel der mit hohen Spendensummen finanzierten Aktion war es damals, die Seenotrettung von Flüchtlingen durch Hilfsorganisationen im Mittelmeer zu dokumentieren und leere Flüchtlingsbote zu zerstören. Im Vorfeld der Aktion, für die eigens auch ein Schiff gechartert wurde, konnte die IB Spendengelder im sechsstelligen Bereich über eine US-Crowdfunding-Plattform akquirieren.

In Deutschland haben IB-Aktivisten maßgeblich die nach der Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms benannte Kampagne „120 Dezibel“ (120db) gestaltet. Die Kampagne ruft Frauen dazu auf, unter dem Hashtag „#120db“ ihre



Bild oben:

<https://twitter.com/IBSchwaben>, abgeru-

Erfahrungen mit „Überfremdung, Gewalt und Missbrauch“ in Text-, Bild- und Videobeiträgen zu schildern und im Internet zu verbreiten. Die Aktion, die unter dem ergänzenden Motto „Frauen gegen importierte Migrantengewalt“ firmiert, orientiert sich in Form und Aufmachung an der populären Anti-

Missbrauchskampagne „#metoo“. Thematisiert werden im Rahmen der Kampagne jedoch ausschließlich Fälle von sexualisierter Gewalt gegenüber Frauen in Europa, die mutmaßlich durch Migranten begangen wurden.

Die Aktivisten der Kampagne „120 db“ waren verantwortlich für eine Reihe von Flyerverteilungen und öffentlichen Störaktionen. In Bayern veranstalteten sie am 5. Mai eine Kundgebung zum Thema „importierte Gewalt“ in Augsburg. Die Aktivistinnen, die unter anderem zerrissene Kleidung trugen und mit Kunstblut verschmiert waren, verteilten Taschenalarme an Frauen und zeigten ein Banner mit der Aufschrift „Grenzen sichern Frauen schützen“.

Wenngleich die Kampagne „120 db“ versucht, das Bild einer neuen, vorwiegend durch Frauen initiierten und durchgeführten Graswurzelbewegung abzugeben, ist sie eng verwoben mit der Identitären Bewegung Deutschland (IBD). Neben diversen IB-Akteuren und -Gruppen wie der IB Schwaben und der IB Bayern warben auch die NPD sowie die von dem NPD-Funktionär Patrick Schröder betriebene Facebookseite „FSN – The Revolution“ (Frei-Sozial-National)“ für die Kampagne.

Die IB versucht sich mit aufmerksamkeits- und eventorientierten Formaten möglichst medienwirksam zu profilieren und Klicks und Reichweiten in den sozialen Netzwerken zu generieren, um dadurch gesellschaftliche Debatten und Meinungsbildungsprozesse zu beeinflussen. Ihre extremistische Ideologie, die geprägt ist von einer migrantenfeindlichen Grundhaltung sowie antiliberalen und antiegalitären Positionen, ummantelt die IB mit jugendaffinen Auftritten und einer vermeintlich gemäßigten und in breitere Bevölkerungsschichten hinein anschlussfähigen Sprache. Ihre Strategie, gesellschaftliche Diskurse zu beeinflussen und zu manipulieren, bezeichnet sie als „Metapolitik“.

Das im Rahmen beider Aktionen vermittelte Bild von Migranten als Invasoren und Kriminelle sowie die Behauptung, staatliche Stellen und politisch Verantwortliche in Deutschland und Europa würden ihrer Schutzverantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung bewusst nicht nachkommen, steht im ideologischen Zusammenhang mit der Vorstellung des „Großen Austauschs“, einem der wichtigsten Narrative der IB. Das Konzept des „Großen Austauschs“ geht von einem durch politische und kulturelle Eliten vorangetriebenen und durch staatliche Institutionen organisierten Bevölkerungsaustausch in Deutschland und Europa aus. Die Vor-

stellung weist Parallelen zu völkisch-biologistischen Denkmustern auf, die sich auch in den in der rechtsextremistischen und neonazistischen Szene verbreiteten Konzepten des „Volkstodes“ und der „Umvolkung“ widerspiegeln.

Soziale Medien und Onlinedienste werden von der IB zur Verbreitung ihrer Propaganda, zur Vernetzung und Rekrutierung von Aktivisten sowie zur Akquirierung von Geldmitteln intensiv eingesetzt. Im Zuge des zunehmenden regulatorischen Drucks auf die Betreiber sozialer Netzwerke und von Onlineplattformen, entschlossener gegen die Verbreitung extremistischer Inhalte vorzugehen, sieht sich auch die IB mit einer Reihe von Restriktionsmaßnahmen konfrontiert. Zwischen Ende Mai und Anfang Juni nahm der Betreiber des sozialen Netzwerks Facebook die Löschung einer Vielzahl von Profilen der IB vor. Betroffen waren u. a. die IB-Profile Franken, Altmühlfranken, Schwaben und Bayern sowie der Hauptkanal der IBD.

NPD

Die NPD griff ebenfalls das Thema öffentliche Sicherheit und sexuelle Gewalt gegen Frauen auf. Sie verbreitete einen Flyer mit der Aufschrift: „Finger weg, Nafri. Ich bin kein Freiwill. Heimat verteidigen.“ Der Begriff „Nafri“ ist eine Abkürzung für „Nordafrikaner“.



Die NPD Nürnberg bewarb die von einem privaten Verein organisierte Demonstration „Marsch der Frauen“ am 17. Februar in Berlin. Im Vorfeld wurde die Kundgebung auch durch andere rechtsextremistische Gruppierungen wie die Soldiers of Odin Germany Division Bayern und die IB Bayern beworben.

Die NPD kündigte zudem die Etablierung von „Schutzzonen“ an. Die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ forderte bereits in ihrer im August 2017 erschienenen Sonderausgabe zur Bundestagswahl die Einrichtung von „Schutzzonen“ für Deutsche. Ausgehend von der Behauptung, es bestehe eine „Notwehrsituation“ in Deutschland, rief die NPD dazu auf, selbst aktiv zu werden. Bei der NPD-Regionalkonferenz am 5. Mai in Mittelfranken wurde das Schutzzonen-Projekt den bayerischen Delegierten vorgestellt. In einem Interview mit einem Funktionär des NPD-Kreisverbands Nürnberg auf YouTube warb der NPD-Bundesvorsitzende Frank Franz für das Projekt.

Die NPD greift die öffentlichen Debatten um angebliche Migrantenkriminalität auf, um ihre „Schutzzone“-Initiative zu propagieren. Die Kampagne weist im Hinblick auf die verwendete Rhetorik und Terminologie teilweise Parallelen zum rechtsextremistischen Konzept der „Nationalbefreiten Zone“ auf. Letzteres zielt darauf ab, öffentliche „Freiräume“ zu schaffen, die dem Zugriff des demokratischen Rechtsstaates entzogen sind und in denen Rechtsextreme originär staatliche Ordnungs- und Schutzfunktionen für sich beanspruchen können.

Der Dritte Weg (III. Weg)

Zum Jahreswechsel kündigten bayerische Aktivisten der neonazistischen Partei III. Weg an, ihre seit 2016 stattfindenden „Nationalen Streifen“ fortzusetzen. Bei den „Nationalen Streifen“ handelt es sich um Patrouillengänge von Parteimitgliedern, mit denen sie den Eindruck vermitteln möchten, staatliche Strukturen seien nicht in der Lage, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Teilweise weisen die Durchführungsorte einen Bezug zu sicherheitsrelevanten Vorfällen auf, bei denen Asylsuchende oder Personen mit Migrationshintergrund unter Tatverdacht stehen.

In der ersten Jahreshälfte fanden wieder mehrere Patrouillengänge statt: In München bestreiften Aktivisten am 17. Januar und 28. März u. a. den Hauptbahnhof, das Bahnhofsviertel sowie den Ostbahnhof und Umgebung. An mindestens einem



der Patrouillengänge nahm auch ein Mitglied der griechischen neonazistischen Partei „Chrysi Avgi“ („Goldene Morgenröte“) teil. Auch im unterfränkischen Kitzingen nahmen im Januar Aktivisten des III. Weg angeblich von Asylsuchenden begangene Straftaten zum Anlass, um eine „Nationale Streife“ durchzuführen und Anti-Asyl-Flyer zu verteilen.

Foto oben: <https://der-dritte-weg.info/2018/01/auslaendischer-frauenschlaeger-nationale-streife-durch-kitzingen/> abgerufen am 23.07.2018

Soldiers of Odin Germany Division Bayern / Vikings Security Germania Division Bayern

Bei den Soldiers of Odin handelt es sich um eine internationale Gruppierung, die im Oktober 2015 in Finnland gegründet wurde. Als bayerischer Ableger existierte seit 2017 die Untergruppierung Soldiers of Odin Germany Division Bayern (SOO). Die SOO gebärdet sich mit ihren als „Spaziergänge“ bezeichneten Streifen faktisch als Bürgerwehr und stellt das staatliche Gewaltmonopol in Frage. Es soll suggeriert werden, der Staat sei nicht mehr in der Lage, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Die Mitglieder sind während der Streifen in der Regel einheitlich schwarz gekleidet, auf ihren Jacken ist das Logo der Gruppierung aufgedruckt – ein Wikingerkopf, der mit einer deutschen Fahne ver mummt ist. Teilweise wird dabei neben der Farben der Bundesflagge auch die bei Rechtsextremisten beliebte Farbkombination der Reichsflagge (Schwarz – Weiß – Rot) verwendet. Unter den Aktivisten der SOO sind mehrere Personen, die dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz bereits aus anderen rechtsextremistischen Zusammenhängen bekannt sind.



Am 20. Juni gab die SOO auf ihrem Facebook-Profil bekannt, fortan unter dem Namen Wodans Erben Germanien – Division Bayern (WEG) zu firmieren. Als Hintergrund gab die bayerische Gruppierung u. a. inhaltliche Differenzen mit der Internationalen Gruppierung Soldiers of Odin an. Daher habe man sich gemeinsam mit dem baden-württembergischen Teil der Soldiers of Odin entschlossen, diese Gruppierung zu verlassen und unter neuem Namen die Aktionen weiterzuführen. Nach eigenem Bekunden existieren mittlerweile Divisionen in Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein.

Auf ihrem Facebook-Profil verbreiten die SOO/WEG rechtsextremistische Inhalte. So wurde in einem Beitrag vom 20. März eine Darstellung der „Schwarzen Sonne“ veröffentlicht. Die „Schwarze Sonne“ wurde in der NS-Zeit durch die SS u. a. als Symbol zur Verbildlichung geheimen Wissens genutzt. Die Schwarze Sonne enthält Elemente, in denen man Hakenkreuze oder Sigrunen erkennen kann.

Streifen der SOO/WEG in Bayern fanden im Jahr 2018 in Augsburg, Donauwörth, Kempten im Allgäu, München und Würzburg statt. Karl Richter, ehrenamtlicher Stadtrat und Vorsitzender der rechtsextremistischen Bürgerinitiative Ausländer

stopp München, bezeichnete die SOO/WEG in einer Stadtratsanfrage vom 27. Dezember 2017 als „private Sicherheitswacht“ und „Nachbarschaftshilfe im unterstützenden Streifendienst“.



Seit März agiert unter der Bezeichnung Vikings Security Germania Division Bayern eine von den SOO abgespaltene Gruppierung. Mit einer Strukturierung in Chapter und der Aufnahme von „Anwärtern“ lehnt sich die Gruppierung an Rockerclubs an. Der Leiter der Vikings Security Germania Division Bayern besuchte in diesem Jahr in Serbien einen Personenschützerlehrgang und präsentierte sich in seinem Facebook-Profil u. a. mit einem Foto, auf dem er eine Kalaschnikow und eine Axt hält. Als „Patrouille“ bezeichnete Aktivitäten der Gruppierung in Bayern fanden in diesem Jahr in Augsburg, Regensburg und Straubing statt.

Wenngleich bislang weder durch die SOO/WEG noch durch die Vikings Security Germania Division Bayern gewalttätige Aktionen begangen wurden, lassen das teils martialische Auftreten sowie der kämpferisch-aggressive Duktus der Beiträge in den sozialen Medien eine grundsätzliche Affinität der Gruppierungen zu Gewalt erkennen. In einem Facebook-Beitrag der Gruppe vom 11. März heißt es u. a.: *„Familie ist nicht immer mit wem man sein Blut teilt ... sondern für wen man bereit ist, welches zu vergießen!“*. Die vor allem seitens der SOO vorgebrachte vordergründige Distanzierung von Rassismus und die vorgebliche unpolitische Grundhaltung der Gruppierungen sind als Schutzbehauptungen zu betrachten.

Gründung eines völkischen Flügels innerhalb der NPD

Innerhalb der NPD gründete sich Anfang 2018 eine neue Gruppierung, die sich als „Völkischer Flügel“ bezeichnete. Am 30. Januar veröffentlichte die Gruppierung im Internet eine Proklamation. Historisch ist der 30. Januar mit dem Tag der Machtergreifung Adolf Hitlers verbunden. Zu den etwa 40 Erstunterzeichnern der Proklamation „Völkischer Flügel“ gehören NPD-Funktionäre auf Bundes- und Landesebene, darunter sechs NPD-Landesvorsitzende. Unter den Unterzeichnern befinden sich auch drei Personen mit aktuellen oder früheren Bezügen nach Bayern.

Die Gruppierung beschreibt sich als „ein nationalistisch und völkisch orientiertes Bündnis innerhalb der NPD“. Ziel sei es u. a., die NPD als Partei „der ethnischen Deutschen“ am „lebensrichtigen Menschenbild“ auszurichten.

Die Proklamation des Völkischen Flügels steht im Zusammenhang mit einem anhaltenden Richtungsstreit innerhalb der NPD. Fraktionen innerhalb der Partei kritisieren u. a. den vermeintlich gemäßigten Kurs des Bundesparteivorsitzenden Frank Franz, der die Partei seit 2014 leitet. Die Namenswahl, das Datum der Veröffentlichung der Proklamation am symbolträchtigen 30. Januar sowie die bislang verlautbarten Zielsetzungen des neuen Parteiflügels weisen auf eine möglicherweise verschärfte ideologische Ausrichtung und Radikalisierung innerhalb der NPD hin. Der Erstunterzeichnerkreis, bestehend aus hochrangigen NPD-Funktionären um Thorsten Heise, spricht dafür, dass dieser Kurs parteiintern mehr Geltung bekommen wird.

3. Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten

Im ersten Halbjahr 2018 wurden insgesamt 577 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gezählt, darunter 15 Gewalttaten. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren bis zum 30. Juni 657 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gemeldet worden, darunter 39 Gewalttaten. Bei den meisten der 577 rechtsextremistisch motivierten Straftaten handelte es sich um Propagandadelikte (376) oder Sachbeschädigungen (40).

92 rechtsextremistisch motivierte Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund, darunter zehn Gewalttaten. So beleidigte in München am 22. Februar ein Fahrgast einen Taxifahrer mehrfach als „Nigger“. Anschließend wurde er gegenüber dem Taxifahrer gewalttätig und schlug u.a. mit einem aus dem Fahrzeug entfernten Navigationsgerät auf ihn ein. Der Taxifahrer erlitt dabei eine Platzwunde an der Stirn.

16 Straftaten von Rechtsextremisten waren antisemitisch geprägt, darunter auch eine Gewalttat. Während eines verbalen Streits in einer U-Bahn in Nürnberg beleidigte und bedrohte ein Fahrgast seinen Sitznachbarn mit „Arschloch“ und „Ich bringe dich um, du Jude!“ Der Geschädigte, der tatsächlich Jude war, fragte ihn

daraufhin, was er von Juden wolle. Der Täter schubste daraufhin seinen Sitznachbarn von der Bank, so dass dieser zu Boden fiel und sich am Ellenbogen verletzte.

Gegen Asylbewerberunterkünfte richteten sich acht rechtsextremistisch motivierte Straftaten (gemeldeter Stand 5. Juni 2018). Dies entspricht einem Rückgang von 43 % zu den im Vorjahreszeitraum gemeldeten Zahlen (14 Delikte). Bei der Mehrzahl der Straftaten handelte es sich um Sachbeschädigungen. Es wurde jedoch auch eine Gewalttat begangen: Am 17. März warfen Unbekannte zwei selbstgebaute Brandsätze auf das Gelände der Asylbewerberunterkunft in Nußdorf am Inn. Einer brannte auf dem Gehweg vor der Asylbewerberunterkunft ab, der zweite in unmittelbarer Nähe des Wohnhauses. Zu einem Übergreifen der Flammen auf das Gebäude kam es nicht, sodass keine Menschen zu Schaden kamen. In der Nacht auf den 2. April zündeten Unbekannte einen pyrotechnischen Gegenstand vor derselben Unterkunft. Im Rahmen der weiteren Ermittlungen wurden drei Wohnungen durchsucht und mehrere illegale Waffen, Munition und Propagandamaterial sichergestellt. Tatverdächtig sind zwei Männer im Alter von 20 und 23 Jahren. Einer von beiden hat bei seiner Vernehmung sowohl seine als auch die Täterschaft des anderen vollumfänglich eingeräumt.